

A15 Beteiligung junger Menschen in Politik und Gesellschaft in Hamburg

Antragsteller*in: Landesvorstand GJHH
Beschlussdatum: 08.12.2018
Tagesordnungspunkt: 9. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 1. Situationsanalyse

2 1.1. Warum ist Beteiligung junger Menschen wichtig?

3 1.2. Wie steht es aktuell um die Beteiligung junger Menschen in Hamburg?

4 2. Forderungen

5 2.1. Grundsätze

6 2.2. Politik

7 2.3. Partei

8 2.4. Gesellschaft

9 **1. Situationsanalyse**

10 Die GRÜNE JUGEND Hamburg hat sich in den vergangenen Monaten mit der Situation
11 der Beteiligung junger Menschen in Politik und Gesellschaft, sowie der
12 Berücksichtigung ihrer Belange und die Einbindung in Prozesse in Hamburg und
13 innerhalb der GRÜNEN Hamburg beschäftigt. Nun haben wir konkrete Forderungen
14 erarbeitet, um die GRÜNEN Hamburg und die politische Landschaft Hamburgs offener
15 und wertschätzender gegenüber jungen Menschen zu gestalten und den Anteil junger
16 Menschen an politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu erhöhen, um
17 so eine bessere Abbildung dieser unterrepräsentierten Gruppe in einer alternden
18 Gesellschaft zu erreichen.

19 **1.1. Warum ist Beteiligung junger Menschen wichtig?**

20 Die Möglichkeit für junge Menschen, sich in ihrem persönlichen Umfeld
21 einzubringen, dient nicht nur zur selbstgesteuerten, individuellen
22 Persönlichkeitsentwicklung hin zu einer demokratischen Mündigkeit, sondern
23 übergibt auch einen Teil der Verantwortung für das eigene Leben, das persönliche
24 Umfeld und die Gesellschaft an diejenigen, die am direktesten und
25 langfristigen von vielen Entscheidungen betroffen sind. Junge Menschen setzen

26 sich so aktiv mit ihrem Umfeld auseinander, übernehmen Verantwortung und werden
27 zur politischen Meinungsbildung angeregt. Daraus resultiert nicht nur eine
28 jugendgerechtere Politik und Gesellschaft, sondern auf persönlicher Ebene auch
29 ein größeres Verständnis für und Vertrauen in politische Prozesse. Wird dieser
30 Grundstein bereits in jungen Jahren gelegt, kann daraus eine kritische und
31 reflektierte Persönlichkeit mit gestärkter Bereitschaft zum gesellschaftlichen
32 und politischen Engagement erwachsen.

33 Doch auch junge Menschen, die die Möglichkeiten einer politischen und
34 gesellschaftlichen Beteiligung nicht oder nur begrenzt selbst nutzen, fühlen
35 sich durch eine verstärkte Identifikation mit jungen Entscheidungsträger*innen,
36 die häufig am besten wissen, was ihre Altersgruppe bewegt und beschäftigt,
37 besser vertreten. Die Hemmschwelle, sich selbst einzubringen, sinkt durch die
38 Vorbildfunktion anderer junger Menschen in politischen und gesellschaftlichen
39 Funktionen und das Vertrauen in und Verständnis für politische Prozesse und
40 Entscheidungen steigt, zum Beispiel durch zielgruppengerechtere Kommunikation
41 unter jungen Menschen.

42 Auch die Gesellschaft als Ganzes profitiert von der Beteiligung junger Menschen.
43 Diese haben das Potential frische und innovative Ideen einzubringen, als gegeben
44 angesehene Elemente kritisch zu hinterfragen und zukunftsorientierte,
45 langfristige Probleme anzugehen und zu lösen. Auch die politische Legitimität
46 wird durch eine bessere Repräsentation der Gesellschaft erhöht und so die
47 Demokratie als Ganzes gestärkt.

48 Die Bedeutung der Beteiligung junger Menschen wird auch durch die explizite
49 Festschreibung in der Konvention über die Rechte der Kinder der Vereinten
50 Nationen (Artikel 12)[1], dem achten Sozialgesetzbuch (Artikel 8)[2] und durch
51 die Verankerung der Kinderrechte in 14 der 16 deutschen Landesverfassungen
52 deutlich[3].

53 **1.2. Wie steht es aktuell um die Beteiligung junger Menschen in Hamburg?**

54 Junge Menschen haben es doppelt schwer: In einer Gesellschaft, in der gerade in
55 der Politik, eine immer stärkere Professionalität erwartet wird, sehen sich
56 junge Menschen häufig nicht nur mit Vorurteilen aufgrund ihres Alters, sondern
57 auch mit einem unterstellten Mangel an Erfahrung konfrontiert. Existierenden
58 Unsicherheiten wird nicht mit Ermutigung und Unterstützung zur
59 Eigenverantwortung und Selbstbestimmung begegnet, sondern diese werden durch die
60 besonders hohe Erwartungshaltung noch verstärkt. Nicht vorhandene persönliche
61 Netzwerke erschweren es zusätzlich Aufmerksamkeit für die eigenen Anliegen zu
62 erreichen und Veränderungen anzustoßen.

63 Auch wenn es innerhalb der GRÜNEN Hamburg Möglichkeiten für junge Menschen gibt
64 sich zu beteiligen, gibt es einige Frustrationen. Viele aus der GRÜNEN JUGEND
65 Hamburg bringen sich nicht (mehr) auf Landesebene bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein.
66 Zu der Fragestellung, woran dies liege, gab es innerhalb des Jugendverbandes
67 eine Erhebung, die folgende Gründe ergab: Neben dem nötigen Zeitaufwand wurde
68 vor allem die wahrgenommene politische Kultur als Hürde genannt. Letztere
69 gestalte sich durch Netzwerke, die gerne unter sich blieben, sowie in vielen
70 Gremien durch dominantes und exklusivierendes Redeverhalten, gerade von älteren
71 Parteimitgliedern. Darüber hinaus wurden für junge Menschen unpassende Formate,
72 die eigene Unsicherheit und fehlendes Wissen und mangelnde Erfahrung als Gründe

73 genannt. Es existiert also scheinbar kein Klima, welches eine Beteiligung mit
74 geringem Zeitaufwand und Vorwissen, dafür aber mit den Unsicherheiten eines
75 jungen Menschen fördert, obwohl es viele junge Menschen mit einem
76 grundsätzlichen Interesse sich einzubringen gibt. In der Hamburgischen
77 Bürgerschaft waren beispielsweise zum Zeitpunkt der letzten Wahl (2015) nur 4,1%
78 der Abgeordneten unter 30 Jahre alt, während fast ein Drittel (32,2%) der
79 Bevölkerung Hamburgs jünger als 30 Jahre alt ist.[4]

80 Und auch wo augenscheinlich händeringend nach jugendlicher Teilhabe gesucht
81 wird, kann den Umständen in denen sich junge Menschen oft befinden, meist nicht
82 Rechnung getragen werden. So zeigt sich, dass viele Kreisverbände offen für die
83 Mitarbeit junger Menschen sind, aber Schwierigkeiten haben diese zu erreichen
84 beziehungsweise zu halten.

85 2. Forderungen

86 Resultierend aus diesen Beobachtungen fordert die GRÜNE JUGEND Hamburg alle
87 Akteur*innen in Politik und Gesellschaft auf, sich der Unterrepräsentation
88 junger Menschen anzunehmen und fordert dazu folgendes:

89 2.1. Allgemeine Grundsätze guter Beteiligung junger Menschen

- 90 • **Inklusiv:** Wir wollen, dass Beteiligungsformate stets allen jungen Menschen
91 frei von Hürden und Barrieren zur Verfügung stehen. Jungen Menschen dürfen
92 durch die Beteiligung in Politik und Gesellschaft keine Nachteile
93 (materiell wie immateriell) entstehen.
- 94 • **Altersgerecht und flexibel:** Junge Menschen unterschiedlicher Altersgruppen
95 und persönlicher Hintergründe bedürfen einer auf sie angepassten Ansprache
96 und verschiedener Formate, die auch im Prozess noch an die Bedürfnisse
97 junger Menschen angepasst werden können. Eine einzige Form von Beteiligung
98 für alle jungen Menschen ist nicht sinnvoll.
- 99 • **Eigenständig und selbstbestimmt:** Beteiligungsformate dürfen nicht durch
100 externe Akteur*innen gesteuert werden und müssen jungen Menschen die
101 Freiheit geben, über Inhalte, Formate und Strukturen eigenständig zu
102 entscheidend. Zur Etablierung neuer Formate kann es dennoch sinnvoll sein,
103 einen Anfangsrahmen vorzugeben.
- 104 • **Demokratisch:** Sowohl der Prozess der Beteiligung, als auch der Umgang mit
105 den Ergebnissen von Beteiligungsprozessen muss auf Grundlage
106 demokratischer Prinzipien erfolgen.
- 107 • **Wertschätzend:** Die Meinungen und Positionen junger Menschen müssen
108 ernstgenommen und Abweichungen von vorherrschenden Meinungen als frische
109 Perspektive wertgeschätzt werden. Diskussionen und Dialog müssen auf
110 Augenhöhe stattfinden, indem junge Menschen als mündig eine eigene Meinung
111 zu haben angesehen werden und eine wertschätzende statt belehrender
112 Sprache genutzt wird.

- 113 • **Lernerfahrungen ermöglichen:** Beteiligungsprozesse stellen immer auch
114 Lernerfahrungen für junge Menschen da. Der Erfolg von
115 Beteiligungsprozessen darf dementsprechend nicht nur an den inhaltlichen
116 Ergebnissen gemessen werden, sondern muss auch die demokratischen
117 Lernerfahrungen junger Menschen einbeziehen.

- 118 • **Tatsächliche Mitwirkung und Nachverfolgbarkeit:** Die inhaltlichen
119 Ergebnisse müssen dann institutionalisiert in politische und
120 gesellschaftliche Prozesse einfließen. Dafür soll transparent gemacht
121 werden, wie diese eingeflossen sind, welche Wirkung sie entfaltet bzw.
122 nicht entfaltet haben und warum.

- 123 • **Angemessen und langfristig finanziell ausgestattet:** Beteiligungsprozesse
124 funktionieren selten vom ersten Tag an und bedürfen daher einer planbaren
125 Langfristigkeit, die finanziell abgesichert ist.

- 126 • **Anknüpfungspunkte an Gremien der Stadt**

- 127 • **ggf. Hauptamtliche Unterstützung und Zusammenarbeit mit externen Trägern**

128 2.2. Politik

129 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert von der Politik in Hamburg

- 130 • Die Erarbeitung einer Jugendstrategie und eine eigenständige *Jugendpolitik*
- 131 • Die Verankerung von Kinderrechten in der Landesverfassung

- 132 • Eine Präzisierung, ausreichende Finanzierung und jugendgerechte Umsetzung
133 von §33 BezVG (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen), sowie die
134 Einführung auch auf Landesebene

- 135 • Willkürliche Einschränkungen des Wahl- und Stimmrechts auf Grund von Alter
136 bei Wahlen und in der Volksgesetzgebung abzuschaffen

- 137 • Für Fälle in denen eine direkte Beteiligung junger Menschen (noch) nicht
138 möglich ist: Die Einführung eines Jugendchecks in allen
139 Gesetzgebungsprozessen

140 2.3. Partei

141 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert von den GRÜNEN Hamburg

- 142 • Eine gemeinsame Arbeit daran, ein **wertschätzenderes und offeneres Klima**
143 insbesondere gegenüber jungen Menschen und ihren Ideen zu erreichen,
144 Meinungsdiversität und innovative Denkanstöße noch mehr als bisher als
145 Chance für die gesamte Partei zu begreifen und junge Menschen sowohl aktiv
146 zu fördern als auch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihnen zu

- 147 suchen.
- 148 • Eine Ermutigung der Kreisverbände und der GRÜNEN JUGEND Hamburg gemeinsam
149 auszuloten, ob und in welcher Form eine **Zusammenarbeit auch auf Kreisebene**
150 möglich ist.
- 151 • Die Förderung der Mitgliedschaft junger Menschen in politischen Gremien
152 und die Einführung einer **Jugendquote**, die jungen Menschen aussichtsreiche
153 Listenplätze bei Bürgerschaftswahlen und einen Sitz im Landesvorstand der
154 GRÜNEN Hamburg zusichert. Der Landesvorstand wird aufgefordert hierzu zur
155 nächsten Landesmitgliederversammlung einen entsprechenden
156 Satzungsänderungsantrag zu erarbeiten. Auch in anderen Gremien, wie zum
157 Beispiel Deputationen sind junge Menschen einzubeziehen.
- 158 • Insbesondere in **Programm- und Strukturprozessen** eine stärkere Einbindung
159 von Beginn an und die Berücksichtigung der Rückmeldungen der GRÜNEN JUGEND
160 Hamburg.

161 **2.4. Gesellschaft**

162 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert zur Stärkung junger Menschen in der Hamburger
163 Gesellschaft

- 164 • Die Ermöglichung ehrenamtlichen Engagements für alle und den Abbau von
165 Barrieren
- 166 • Eine Ausreichende und gesicherte Finanzierung von Jugendarbeit und
167 Jugendverbänden
- 168 • Eine stärkere Verzahnung von non-formaler Bildung (z.B. in
169 Jugendverbänden) und formaler Bildung (z.B. in Schulen) und die
170 Wertschätzung und Anerkennung des gesellschaftlichen Mehrwerts sowie der
171 individuellen Lernerfahrung in non-formalen Bildungseinrichtungen
- 172 • Die Bereitstellung geeigneter Räume für Jugendprojekte
- 173 • Die Schaffung und Förderung von Jugendzentren
- 174 [1] Recht, dass Kinder und Jugendliche ihre "Meinung in allen das Kind
175 berührenden Angelegenheiten frei [...] äußern" können müssen und "die [...]
176 Meinung des Kindes angemessen [...]" berücksichtigt werden muss.
- 177 [2] Kinder und Jugendliche sind ihrem Entwicklungsstand entsprechend an allen
178 sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie
179 sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte hinzuweisen.
- 180 [3] In Hamburg sind die Kinderrechte bisher nicht in der Verfassung verankert.

181 [4] Auch wenn nur volljährige Personen (18-29 Jahre) betrachtet werden sind es
182 16,1%.